

ISABELL LOREY, JENS KASTNER,
TOM WAIBEL UND GERALD RAUNIG

Occupy!

Die aktuellen Kämpfe um die
Besetzung des Politischen

VERLAG TURIA + KANT
WIEN-BERLIN

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Bibliographic Information published by

Die Deutsche Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data is available on the internet at <http://dnb.ddb.de>.

ISBN 978-3-85132-673-4

© bei den AutorInnen

© für diese Ausgabe: Verlag Turia + Kant, 2012

A-1010 Wien, Schottengasse 3A/5/DG 1

Büro Berlin: D-10827 Berlin, Crellestraße 14 / Remise

info@turia.at | www.turia.cc

Inhalt

ISABELL LOREY

Demokratie statt Repräsentation. Zur konstituierenden Macht der Besetzungsbewegungen .. 7

JENS KASTNER

Platzverweise. Die aktuellen sozialen Bewegungen zwischen Abseits und Zentrum 50

TOM WAIBEL

Das Unmögliche ist unaufhaltbar
oder: Woran erkennt man eine Revolution?.. 87

GERALD RAUNIG

n-1. Die Mannigfaltigkeit machen.
Ein philosophisches Manifest 113

Demokratie statt Repräsentation. Zur konstituierenden Macht der Besetzungsbewegungen

Isabell Lorey

»Einer der schwerwiegendsten Irrtümer politischer Denker besteht darin, konstituierende Macht für einen rein politischen Akt jenseits des bestehenden sozialen Daseins zu halten«.

Antonio Negri

Noch wenige Monate bevor die großen Proteste im Frühjahr 2011 in Portugal, Spanien und Griechenland begannen, hätte niemand im ›Westen‹ in dermaßen euphorischer Weise von Demokratie gesprochen. Demokratie ist die Regierungsform, die als ›normal‹ und selbstverständlich wahrgenommen wird, und die im vergangenen Jahrzehnt vor allem zu einem internationalen ›westlichen‹ Exportschlager geworden ist, der nicht zuletzt zur Legitimation einiger Kriege beigetragen hat. Es heißt, die beste aller möglichen Regierungsformen gäbe es im ›Westen‹: Demokratie als ein hohes Maß an Rechtsstaatlichkeit und Freiheit, in der sich ›das Volk‹ vermeintlich selbst regiert.

In den vergangenen Jahrzehnten waren politische Kämpfe nicht vorrangig um den zentralen Signifikanten der Demokratie angeordnet. Soziale und politische Bewegungen wandten sich in erster Linie gegen ausbeuterische und diskriminierende Verhältnisse und

kämpften auf einer rechtlichen wie symbolischen Ebene gerade vor dem Hintergrund demokratischer Gesellschaften um mehr Anerkennung und Sichtbarkeit. Demokratie lieferte den selbstverständlichen Rahmen, in dem die Kämpfe stattfanden. Niemand wäre in Nord-, West- und Südeuropa auf die Idee gekommen, Demokratie neu zu erfinden. Wenn, dann ging es um die Kritik oder Reformierung bestehender demokratischer Verhältnisse.

Das änderte sich 2011. Die Massenproteste in Tunesien und Ägypten, der sogenannte Arabische Frühling am Beginn dieses Jahres waren für den ›Westen‹ absolut überraschend und wurden vielerorts mit großer Sympathie begleitet. Aus ›westlicher‹ Perspektive schienen diese Revolutionen völlig unvorhersehbar und zugleich doch in die abendländischen politischen Entwicklungsmuster einzuordnen: Im Arabischen Frühling kämpften die Menschen für die Einführung von Demokratie, um endlich die Unterdrückungsverhältnisse lang anhaltender Diktaturen abzuschütteln. Die Kämpfe richteten sich gegen die jeweiligen Herrscher, bis sie gestürzt und verjagt waren. Und dennoch konnten aus traditionell-›westlicher‹ Sicht weder diese Erfolge noch erste verhältnismäßig freie Wahlen solche demokratischen Verhältnisse einrichten, für die Millionen auf die Straße gegangen waren.

Jenseits dieser historisch nicht selten zu findenden Schematisierung von Demokratie fanden auf dem Platz der Kasbah in Tunis und dem Tahrir-Platz in Kairo merkwürdige Dinge statt. Die Vielen, die sich dort versammelten, wählten keine AnführerInnen, sie richteten sich in Sit-ins und Camps ein und organisierten in Win-

deseile mit der Unterstützung von FreundInnen und NachbarInnen eine Infrastruktur auf dem zentralen öffentlichen Platz. Sie versammelten sich regelmäßig, tauschten sich aus, unterstützten sich ungeachtet der jeweiligen gesellschaftlichen Positionierungen und Hierarchisierungen nach Geschlecht, Religion und Bildung, und sie schützten sich gegenseitig, damit es überhaupt möglich war, nicht nur tagsüber, sondern auch nachts und mehrere Tage und Wochen lang auf dem Platz zu leben – nicht ohne direkter und indirekter staatlicher Gewalt ausgesetzt zu sein und Widerstand gegen sie zu leisten.

Diese inventiven politischen und sozialen Praxen, die während der Besetzung nicht nur des Tahrir-Platzes stattfanden, haben einen historisch spezifischen Funken entstehen lassen, der sich auch in Europa und den USA weiter ausbreiten konnte. Die BesetzerInnen in Kairo haben nicht einfach das Ende der Diktatur und stattdessen Demokratie gefordert. Sie haben durch die Besetzung der Plätze, durch die Versammlungen, durch den öffentlichen Austausch eine Kampfstrategie erfunden, in der zur Einführung von Demokratie bestimmte nicht-repräsentationistische und alternative soziale Formen von Demokratie praktiziert wurden. Die AktivistInnen auf dem Tahrir-Platz wollten kein bereits fertig geschnürtes Paket repräsentativer Demokratie importieren, sondern begannen zu kämpfen, indem sie den öffentlichen Raum veränderten: indem sie nämlich nicht nur neue politische Praxen entwickelten, sondern zugleich neue Sozialitäten, neue Lebensweisen praktizierten.